

übernahme durch die neue Präsidentin von Nicaragua einen eigenen Bevollmächtigten zu entsenden, der freilich - wen wundert es - verhältnismäßig "tief angesiedelt" war, nämlich den Gesundheitsminister Chen Minzhang (XNA, 20.4.90). Sollte damit eine versteckte Andeutung - nämlich auf "Wiedergesundung" Nicaraguas - enthalten sein? Oder war hier doch nur der Zufall im Spiel? -we-

\* (4)

#### Auslieferung eines Flugzeugführers

Die Regierung in Tokyo beschloß Ende April, den 36 Jahre alten Chinesen Zhang Zhenhai, der im Dezember 1989 einen Jumbojet der CAAC mit 233 Menschen an Bord nach Japan entführt hatte, an China auszuliefern.

Am 24.4. hatte Japans höchstes Gericht einen Appell gegen die Ausweisungsverfügung des japanischen Justizministers verworfen.

Im Zusammenhang mit dem Auslieferungsbeschuß gab das japanische Außenministerium bekannt, die chinesische Regierung habe der japanischen Regierung schriftlich zugesichert, daß Zhang nur wegen der Entführung vor Gericht gestellt werde, und daß diese Tat mit allenfalls 3-10 Jahren Freiheitsstrafe geahndet werden dürfe.

Zhang hatte als Motiv der Flugzeugentführung angegeben, er werde wegen seiner Teilnahme an den Demonstrationen vor dem Tiananmen vom Juni 1989 verfolgt und beantrage deshalb Asyl.

Weder die Regierung noch das Gericht hat sich jedoch von dieser Argumentation beeindrucken lassen.

Die Regierung muß sich vorwerfen lassen, daß sie schon vor Abschluß der polizeilichen Ermittlungen erklärt hatte, sie habe aufgrund einer Gesamtwürdigung aller Tatumstände und der japanisch-chinesischen Beziehungen beschlossen, den Täter an China auszuliefern. Auch hatte Tokyo Zhangs Frau und Kind zusammen mit den übrigen chinesischen Passagieren sofort nach der Landung wieder nach China zurückgeschickt, ohne daß für die Frau Gelegenheit bestand, mit ihrem Mann oder mit einem Anwalt zu sprechen. Den Angehörigen geschehe

ja nichts, da sie nicht als Mittäter anzusehen seien, hieß es zur Rechtfertigung, obwohl zumindest die Regierung hätte wissen müssen, daß auch die Ehefrau mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit sofort nach ihrer Ankunft festgenommen würde. Dies geschah dann auch in der Tat.

Man wird den Verdacht nicht los, daß Zhang ein Opfer der Politik - sprich des japanischen Opportunismus gegenüber der VR China - geworden ist.

Am 28. April wurde Zhang trotz zahlreicher internationaler Proteste chinesischen Sicherheitsbeamten übergeben, die den Flugzeugführer zurück nach Beijing brachten.

Die japanische Geste nützt dem chinesisch-japanischen Klima: Wenige Tage vorher war eine chinesisch-japanische Investitionsorganisation in Tokyo errichtet worden, die von 120 japanischen Firmen und Banken getragen wird (XNA, 30.3.90). Gleichzeitig hatte Japan angekündigt, seine Wirtschaftshilfe für China in Höhe von 810 Mrd. ¥ "sobald wie möglich" wieder aufzunehmen (Kyodo in SWB, 19.4.90). -we-

\* (5)

#### Chinas Standpunkt im Kampf gegen Drogenmißbrauch

Bei der 17. UNO-Sondertagung, die sich mit dem Thema "Internationale Kooperation beim Kampf gegen Drogenhandel" befaßte, legte der chinesische Vizeminister für Gesundheitswesen, Gu Yingqi, den Standpunkt Chinas zu diesem Thema dar: Die Politik der chinesischen Regierung im Kampf gegen Drogenmißbrauch sei 30 Jahre lang so konsequent durchgeführt worden, daß China noch Ende der siebziger Jahre im Rufe stand, ein drogenfreies Land zu sein.

In der Zwischenzeit allerdings hätten sich internationale Drogenbanden in Zusammenarbeit mit kriminellen einheimischen Elementen auch in China breit machen können: sie benutzten entweder das chinesische Territorium als Durchgangsland für ihren Schmuggel oder versuchten, Drogen in China selbst abzusetzen. China habe den Kampf gegen diese Machenschaften aufgenommen und rechne damit, daß es sich hier um eine nur auf lange Sicht zu lösende Aufgabe handle. Bei seinen

Bemühungen wolle es mit anderen Staaten sowie mit den Agenturen der UNO für die Drogenkontrolle zusammenarbeiten.

Internationale Kooperation bedeute jedoch nicht, daß sich irgendein Staat in die Angelegenheiten eines anderen einmischen dürfe (XNA, 22.2.90). Leider habe es in "jüngster Zeit ... einige Vorfälle gegeben, die gegen den Geist der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz verstoßen" hätten. Solche Länder seien nicht einmal vor "bewaffneter Invasion" zurückgeschreckt, wobei sie die Drogenbekämpfung lediglich als Vorwand benutzt hätten. Dadurch sei den gemeinsamen weltweiten Bemühungen um Bekämpfung des Übels erheblich geschadet worden.

Der chinesische Vertreter zielte hier offensichtlich auf die Invasion Panamas durch die USA und auf die Gefangennahme des dortigen Staatschefs Noriega ab (vgl. XNA, 23.2.90).

Das Drogenthema wurde auch bei der Tagung der Interparlamentarischen Union in Nikosia Anfang April 1990 vom chinesischen Vertreter angesprochen. Erneut kam es hierbei zu Angriffen auf den "Hegemonismus" bestimmter Länder (XNA, 7.4.90).

Bereits in den siebziger Jahren war es Chinas Angewohnheit gewesen, Sachthemen, ob es sich nun um Umweltschutz, um Bevölkerungsplanung oder um Drogenbekämpfung handelte, zu politisieren. In den achtziger Jahren schien dieser alte Brauch langsam auszustarben, doch nun, in den Neunzigern, scheint er wieder zurückzukehren. Dies alles paßt in den Kontext des veränderten Klimas in der Volksrepublik. -we-

---

## Innenpolitik

---

\* (6)

**"Extrem wichtige Rede" Deng Xiaopings soll die politische Führung auf einheitlichen Kurs bringen**

Die Hongkonger Zeitschrift *Zhengming* druckte in ihrer Mai-Ausgabe 1990 die folgenden Auszüge aus einer intern als "extrem wichtig" bezeichneten Rede von Deng Xiaoping ab. In

seinen Ausführungen, die Deng wahrscheinlich Anfang April machte, ging er sowohl auf die innere Lage Chinas als auch auf das Verhältnis zur Sowjetunion ein:

"Wir müssen zuallererst die Stabilisierung [der Lage im Land] in Angriff nehmen, an zweiter Stelle müssen wir uns ebenfalls der Stabilisierung widmen, und auch unser drittes Hauptaugenmerk muß der Stabilisierung gelten. Wenn wir unsere eigenen Angelegenheiten gut geregelt haben und Stabilität eingekehrt ist, dann ist das unser Gegenschlag gegen jenes Konzept von Gorbatschow."

"Alle müssen sich darüber im klaren sein, daß gegenwärtig alle feindlichen Kräfte in der internationalen Arena ihre Kräfte auf China konzentrieren. Sie werden kein Mittel unversucht lassen, um alle möglichen Unruhen zu provozieren, uns neue Schwierigkeiten zu bereiten und uns unter Druck zu setzen. Es gilt nach wie vor das Diktum des Genossen Mao Zedong, daß der Kampf gegen unsere Feinde gerechtfertigt, von Nutzen und von entscheidender Bedeutung ist."

"Die Mitglieder der Führungsschicht unserer Partei müssen zusammenhalten. Sie müssen im Gleichschritt marschieren, und ihre Meinungen müssen übereinstimmen. Die oberen und unteren Ebenen müssen an einem Strang ziehen. Diese Sache ist von entscheidender Bedeutung!"

"Wir sind hochofret darüber, daß auf die Armee Verlaß ist, daß auf die überwältigende Mehrheit der Parteimitglieder Verlaß ist, und daß auf die breiten Massen der Arbeiter und Bauern Verlaß ist. Da wir über diese drei Stützpfiler verfügen, werden jegliche feindliche Kräfte in China nichts ausrichten können. Genau darin liegt eben der besondere Charakter unseres Landes, und dieser spezifisch chinesische Charakter unseres Landes unterscheidet sich von dem in Osteuropa und in der Sowjetunion."

"Die kommenden drei bis fünf Jahre werden für unsere Partei und auch für unseren Staat extrem schwierig und von größter Bedeutung sein. Wenn wir das durchstehen und uns in diesen drei bis fünf Jahren behaupten können, dann wird unsere Sache eine große Entwicklung erfahren und einen gro-

ßen Sprung (da feiyue) machen. Wenn wir jedoch scheitern, dann wird die chinesische Geschichte um mehrere Jahrzehnte, wenn nicht gar um ein Jahrhundert zurückgeworfen werden!"

"Gegenwärtig meinen einige Leute in der Welt, daß nur noch China den Sozialismus retten könne. Ich meine, daß diese Ansicht nicht unbegründet ist. China hat über eine Milliarde Menschen, und in Anbetracht der Tatsache, daß die Sowjetunion und alle sozialistischen Länder in Osteuropa ihre Farbe gewechselt haben, hat der Sozialismus nur dann eine Hoffnung, wenn unser China seine Farbe nicht wechselt. In der Geschichte gibt es immer Windungen und Wendungen. Die gesamte Partei, die gesamte Armee und das Volk des ganzen Landes müssen dahingehend erzogen werden, an dieser Zuversicht festzuhalten."

"Wir machen unseren Sozialismus, und die anderen machen ihren Kapitalismus. Flußwasser vermischt sich nicht mit Brunnenwasser - dieses Prinzip gilt nicht nur für Hongkong und für Taiwan, sondern es gilt auch für die chinesisch-amerikanischen Beziehungen. Gegenwärtig besteht das Problem darin, daß wir zwar propagieren, daß sich [unser sozialistisches] Flußwasser nicht mit [kapitalistischem] Brunnenwasser vermischen soll, doch das [kapitalistische] Brunnenwasser will sich einfach mit [unserem sozialistischen] Flußwasser vermischen. Bei der Lösung dieses Problems dürfen wir auf keinen Fall Schwäche zeigen, und auf gar keinen Fall dürfen wir einen Rückzieher machen, sondern wir müssen jeden Schlag mit einem Gegenschlag beantworten und um jeden Zollbreit Boden kämpfen. Unsere Partei hat sich noch nie irgendeinem Druck von außen gebeugt!"

"Auch in bezug auf die Sowjetunion und Osteuropa schlage ich vor, daß wir Flußwasser nicht mit Brunnenwasser vermischen. Die haben ihre Farbe gewechselt und sind revisionistisch geworden. Es reicht, wenn wir uns intern darüber im klaren sind, wie die Dinge liegen. Die Beziehungen zu diesen Staaten sollten jedoch noch weiter entwickelt werden. Die Sowjetunion war der erste sozialistische Staat, der von Lenin persönlich ins Leben gerufen wurde. Wir sollten unsere Hoffnungen auf das sowjetische Volk und auf die breiten Massen der wirklich bolschewistischen Parteimitglieder setzen." (Zhengming, Mai 1990, S. 7)

Dengs Äußerung in bezug auf die Hoffnung, daß "das sowjetische Volk" und "die breiten Massen der wirklich bolschewistischen Parteimitglieder" die Sowjetunion wieder auf den sozialistischen Weg bringen werden, drängt dem Beobachter die Frage nach dem Realitätssinn des höchsten chinesischen Führers auf. -sch-

\*(7)

**Internes Dokument des Politbüros über die Februar-Tagung des ZK der KPdSU**

Anfang März verbreitete die KPCh-Parteizentrale unter den Führungskader auf und oberhalb Abteilungsebene (sijuji yishang) ein internes Dokument mit dem Titel "Informationsmaterialien über die Plenartagung des ZK der KPdSU vom Februar [1990]". Dieses vertrauliche Dokument ist die erste schriftlich fixierte Kritik der chinesischen Parteiführung an dem politischen Entwicklungskonzept von Gorbatschow. Die herausragende politische Bedeutung der "Informationsmaterialien" wird daran deutlich, daß es vom Politbüro verabschiedet wurde. Indizien für die Brisanz der darin an Gorbatschow geäußerten Kritik sind der kleine Verteilerkreis (Führungskader auf und oberhalb Abteilungsebene, d.h. circa 80.000) und die Hinweise am Ende des Dokuments: "Sorgfältig verwahren! Vervielfältigung verboten! Nach Gebrauch wieder einzusammeln!" Die Empfänger des Dokuments wurden aufgefordert, das Schriftstück zu studieren und einzeln ihre Position hierzu deutlich zu machen. Eine gleiche Weisung erging von der Zentralen Politischen Abteilung der VBA an die Parteikomitees der Militärregionen und der Teilstreitkräfte. (Zhengming, April 1990, S. 6-8; Zhengming, Mai 1990, S. 8-10)

Die Tatsache, daß das Dokument 'nur' vom Politbüro verabschiedet und als vertrauliches Informationsmaterial lediglich einem relativ kleinen Kreis von Führungskadern zugänglich gemacht wurde, stellt bereits einen Kompromiß zwischen konservativen Reformkräften und orthodoxen Marxisten-Leninisten dar. Letztere hatten unter der Führung des Parteiveteranen Wang Zhen beabsichtigt, daß das Zentralkomitee auf seiner 6. Plenartagung Anfang März einen öffentlichen Beschluß zur Kritik am sowjetischen "Revisionismus" fas-

sen solle. Hierzu hatten sie bereits einen 6.000 Zeichen umfassenden Entwurf vorgelegt, der unter Leitung des früheren Propagandachefs Deng Liqun abgefaßt worden war. Dieser Plan wurde jedoch von Deng Xiaoping vereitelt, der vor der 6. Plenartagung in einem Gespräch mit ZK-Generalsekretär Jiang Zemin und anderen Mitgliedern des Ständigen Ausschusses des Politbüros erklärte, daß es besser sei, einen solchen öffentlichen Beschluß nicht zu fassen. Er sei gegen die Methode der "Neun Kommentare", die während der ersten antisowjetischen Revisionismuskritik 1963 und 1964 veröffentlicht worden waren. Außerdem sei es gegenwärtig die vorrangige Aufgabe der KPCh, die eigenen Probleme zu lösen, beschied Deng die orthodoxen Hüter der reinen Lehre. (Zhengming, April 1990, S. 8)

Das vom Politbüro verabschiedete Dokument beruht inhaltlich offenbar auf einem Teil auf Äußerungen von Deng Xiaoping. Den vollständigen Text der "Informationsmaterialien über die Plenartagung des ZK der KPdSU vom Februar [1990]" veröffentlichte die Hongkonger Zeitschrift *Zhengming* in ihrer Mai-Ausgabe 1990. Es folgt eine Übersetzung der wichtigsten Passagen dieses Dokuments.

### Informationsmaterialien über die Plenartagung des ZK der KPdSU vom Februar [1990]

#### I.

Vom 5. bis 7. Februar berief die KPdSU eine erweiterte Tagung ihres Zentralkomitees ein, auf der Gorbatschow einen Bericht vorlegte. Die Plenartagung verabschiedete den Entwurf eines Aktionsprogramms, in dem vorgeschlagen wird, den Verfassungsartikel über die Führungsrolle der KPdSU abzuändern, Vorbereitungen zu treffen für die Einführung eines Mehrparteiensystems, das System des demokratischen Zentralismus erneut zu überdenken, ein Präsidialsystem zu errichten und Vorbereitungen zu treffen für die Schaffung verschiedener föderativer Strukturen in der Sowjetunion. In seinem Bericht erklärte Gorbatschow, daß sich die Kommunistische Partei "die Legalisierung [ihrer Führungsrolle] nicht mit Hilfe von Gesetzen verschaffen sollte". Statt dessen solle sie "auf gewisse Gesetze und auf die politische Führungsrolle verzichten". Er äußerte die Auffassung, daß

man die Prinzipien des demokratischen Zentralismus "neu überdenken" und den Schwerpunkt auf "die allumfassende Demokratisierung" legen müsse. Gorbatschow schlug "die Errichtung eines Präsidialsystems" vor und forderte, daß "dem Staatpräsidenten alle notwendigen Machtbefugnisse verliehen werden". Er schlug vor, das Sowjetsystem zu verändern und "Möglichkeiten für die Existenz verschiedenartiger föderativer Formen zu eröffnen" usw. Nach Darstellung von Gorbatschow laufen diese Vorschläge auf die Schaffung eines sogenannten "demokratischen Sozialismus mit menschlichem Antlitz" hinaus. [In Wirklichkeit] laufen [die Vorschläge von Gorbatschow] jedoch den grundlegenden Prinzipien des Marxismus vollkommen zuwider. Tatsächlich handelt es sich dabei um eine Manifestation des Sozialdemokratismus der II. Internationale unter den neuen historischen Bedingungen. Der Kern [dieses Konzepts] besteht darin, den Klassenkampf im internationalen Rahmen zu negieren, den Charakter der Kommunistischen Partei zu verändern und die parlamentarisch-demokratische Politik des Westens zu betreiben.

#### II.

Das Aktionsprogramm von Gorbatschow, das vom "neuen Denken" zu einem "demokratischen Sozialismus mit menschlichem Antlitz" führen soll, führte auf der Plenartagung zu einem einzigen Chaos und traf auf heftigen Widerstand. So fragte der Vorsitzende des Ministerrats der Sowjetunion Ryschkow: Nimmt man nach den Vorschlägen Gorbatschows verfährt, "bleibt die KPdSU dann noch die Regierungspartei? Bleibt sie dann weiterhin die politische Vorhut des Volkes? Nimmt die KPdSU dann noch den Standpunkt des Ideals des Kommunismus ein? Oder driftet sie dann nicht in Richtung der Sozialdemokratischen Partei ab?" Außerdem drückte Ryschkow öffentlich seine Unzufriedenheit darüber aus, daß Gorbatschow ein Präsidialsystem etablieren will. Das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU Ligatschow erklärte in seiner Rede, daß der von Gorbatschow vorgelegte Programmentwurf "in einem gewissen Grad den Spalt für die Einführung des Privateigentums öffnet". [Gorbatschows Konzept] werde zu einer "tödlichen Bedrohung" durch "nationalistische, spalterische und antisozialistische Gruppierungen" führen.

Außerdem sprach sich [Ligatschow] dagegen aus, "die Partei in eine Organisation ohne eine feste Form, das heißt in einen politischen Klub zu verwandeln"...

[Es folgen weitere Zitate von sowjetischen Gorbatschow-Kritikern.]

#### III.

Die in den letzten Jahren in der Sowjetunion gemäß dem "neuen Denken" von Gorbatschow durchgeführten sogenannten Reformen haben in der sowjetischen Gesellschaft bereits zu einem riesigen Chaos geführt. Die KPdSU befindet sich gegenwärtig in einem Prozeß der Aufspaltung. Die oppositionellen Kräfte treten der KPdSU öffentlich als ebenbürtig entgegen. Die sogenannte "Demokratische Programmfraction der KPdSU", die "Organisation für demokratische Wahlen" und die Leute um Jelzin sind dabei, neue Parteien zu gründen. Die früher bereits existierenden Widersprüche zwischen den verschiedenen Nationalitäten haben sich weiter verschärft. In Aserbaidschan, Lettland, Estland und anderen Unionsrepubliken ist es nacheinander zu Unruhen und sogar zu gewalttätigen Zusammenstößen gekommen. Die wirtschaftliche Situation verschlechtert sich immer mehr, die Produktion sinkt, es herrscht Warenmangel, und überall hört man das Klagen und Murren des Volkes. Gorbatschows "neues Denken", seine Unterstützung [von Reformbestrebungen] und seine Einmischung [in die inneren Angelegenheiten anderer sozialistischer Staaten] sind auch ein wesentlicher Grund für die umwälzenden Veränderungen in den Staaten Osteuropas, und sie stellen sowohl die äußeren als auch die inneren Ursachen [für die Entwicklung in Osteuropa] dar. Die Tatsachen beweisen, daß Gorbatschows Reformen überhaupt nichts zu tun haben mit der Vervollkommnung des sozialistischen Systems, sondern sie stellen eine Evolution in Richtung Kapitalismus dar. Das "Aktionsprogramm" der Februar-Plenartagung des ZK der KPdSU kann nur das weitere Abweichen der Sowjetunion vom sozialistischen Weg beschleunigen. Dieses [Programm] kann nicht nur die Sowjetunion nicht aus ihrer gegenwärtigen politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und nationalen Krise herausreißen, sondern es wird die verschiedensten Widersprüche noch weiter verschärfen, und es wird dazu führen, daß die Sowjetunion und Osteuropa über einen langen Zeitraum in Aufruhr und Chaos versinken.

## IV.

Obwohl die kapitalistischen Staaten des Westens die Politik von Gorbatschow aus Leibeskräften gutheißen und die "friedliche Evolution", die sich gegenwärtig in der Sowjetunion vollzieht, begeistert begrüßen, wagen sie es nicht, eine optimistische Haltung einzunehmen, was die Zukunft der Sowjetunion und das Schicksal von Gorbatschow betrifft...

[Es folgen Zitate aus westlichen Zeitungen, die sich skeptisch über die Zukunft von Gorbatschow äußern.]

## V.

Im Gefolge der Veränderungen der Lage in Osteuropa und in der Sowjetunion könnten der westliche Block mit den USA an der Spitze und andere feindliche Kräfte in der internationalen Arena unser Land noch verstärkt unter größeren Druck setzen und neue Blockademaßnahmen ergreifen...

[Es folgt eine Aufzählung entsprechender Maßnahmen der USA.]

Nach den in der Sowjetunion und in Osteuropa vollzogenen Veränderungen werden die internationalen reaktionären Kräfte ihre Hauptspeerspitze auf unser Land richten. Darauf müssen wir uns geistig vollständig vorbereiten, und hierüber dürfen wir uns unter gar keinen Umständen irgendwelchen unrealistischen Illusionen hingeben.

## VI.

Die Sowjetunion war der erste sozialistische Staat, der von Lenin ins Leben gerufen wurde. Sein Wandel wird einen größeren Einfluß auf unser Land haben als die Veränderungen in Osteuropa. Der westliche Block mit den USA an der Spitze und die feindlichen Kräfte auf der internationalen Arena verstärken weiterhin ihren Druck auf unser Land, und auch dies wird die neuen Schwierigkeiten, mit denen wir konfrontiert sind, noch erhöhen. Angesichts dieser Gegenströmung wird sich vielleicht das ideologische Chaos in den Köpfen einiger Leute noch vergrößern. Es wird Befürchtungen darüber geben, wie lange das Banner des Sozialismus noch hochgehalten werden kann, und ob wir die sozialistische Stellung noch behaupten können. Jene, die hartnäckig an dem Standpunkt der bürgerlichen Liberalisierung festhalten, und die dem Sozialismus feindlich gesinnten reaktionären Kräfte werden ebenfalls Unruhe stiften, Aufruhr provozieren, die politische Stabilität untergraben und vergeblich versuchen,

unser sozialistisches System zu erschüttern. Die Lage ist kompliziert, und der Kampf spitzt sich zu. [Angesichts dieser Situation] müssen wir einen klaren Standpunkt einnehmen und deutlich Stellung beziehen, müssen wir ideologisch gut vorbereitet sein und die Entwicklung der Lage mit größter Aufmerksamkeit verfolgen.

1) Wir müssen eine unmißverständliche Einschätzung des Charakters der Entwicklung der Lage in der Sowjetunion und in Osteuropa haben. Der Sozialismus stellt einen sehr langen historischen Prozeß dar, und Rückschläge, ja sogar ein Umsturz, sind unvermeidlich. Doch wie windungsreich der Weg auch sein wird, die allgemeine Entwicklungstendenz der Geschichte, daß letztlich der Sozialismus den Kapitalismus ablösen wird, ist unabänderlich. Nur weil es in der Sowjetunion und in Osteuropa zu einer zeitweiligen Evolution gekommen ist, darf man gegenüber dem Sozialismus nicht ins Wanken geraten oder ihn gar in Zweifel ziehen.

2) Wir müssen erkennen, daß sich der Charakter unseres Landes von dem der Sowjetunion und Osteuropas unterscheidet. Unsere Partei ist eine altbewährte und reife politische Partei des Proletariats, die in den langen Jahren des revolutionären Kampfes mit den Volksmassen engste Verbindungen geknüpft hat und deshalb über eine feste Massenbasis verfügt. In den 70 Jahren seit ihrer Gründung ist unsere Partei nie dem Einfluß des Opportunismus der II. Internationale erlegen gewesen. Der Marxismus-Leninismus und die Mao-Zedong-Ideen stellten immer die Leitideologie unserer Partei dar. Die Beziehungen unserer Partei zu den demokratischen [Block-]Parteien sind Beziehungen der Mehrparteien-Zusammenarbeit unter der Führung der Kommunistischen Partei. Es handelt sich dabei um ein politisches System, das sich in den langen Jahren des Kampfes herausgebildet hat und das chinesischen Charakter trägt. Das Mehrparteiensystem des Westens hat in China keinen Platz. Das sozialistische System stellt die historische Wahl dar, die das chinesische Volk in den langen Jahren des revolutionären Kampfes getroffen hat. Die über

hundertjährige Geschichte seit den Opiumkriegen beweist voll und ganz, daß "nur der Sozialismus China retten kann" [Zitat von Mao Zedong] und daß "nur der Sozialismus China entwickeln kann" [Zitat von Mao Zedong]...

[Es folgen weitere Beweise, daß China ganz anders ist als die Sowjetunion und Osteuropa, sowie Ausführungen zur weiteren chinesischen Innen- und Außenpolitik.]

Zusammenfassend stellen wir fest, daß wir - egal, was in der Sowjetunion und in Osteuropa geschieht und welche Veränderungen der internationalen Lage auch eintreten mögen - am Glauben in den Sozialismus, an der sozialistischen Ausrichtung und an der Reform- und Öffnungspolitik festhalten und unbeirrt unseren eigenen Weg gehen werden. (Zhengming, Mai 1990, S. 8-10)

\* (8)

**Film über den Machtverlust Kommunistischer Parteien in Osteuropa soll die Kaderreihen schließen**

Seit Ende Januar/Anfang Februar 1990 wird den Führungskadern in den Beijinger Partei- und Regierungsbehörden ein von den Propagandaorganen zusammengestellter Video-Film über "Osteuropa im Aufruhr" gezeigt. Darin wird vor allem auf den Sturz der bisherigen kommunistischen Regime und auf die Auflösung der bisherigen Staatsapparate in Polen, in der DDR und in Rumänien eingegangen. Schwerpunkt des Films bilden die Ereignisse in Polen: Die Ablösung der kommunistischen Regierung, die Beschlagnahme des Hauptquartiers des Warschauer Stadtparteikomitees, die Einstellung der staatlichen Finanzmittel für die KP, der Verlust von Macht, Amt und Privilegien der kommunistischen Partei- und Regierungsfunktionäre usw. Die Botschaft des Films: Wäre die Protestbewegung im Frühsommer 1989 nicht energisch niedergeschlagen worden, hätte sie zu ähnlichen Entwicklungen wie in Polen oder in der DDR geführt. Nach Angaben der Hongkonger Zeitschrift *Zhengming* soll der Film unter den Führungskadern der KPCh tatsächlich die beabsichtigte Wirkung gehabt haben. Selbst solche Funktionäre, die sich im letzten Jahr noch wohlwollend gegenüber der

Studentenbewegung verhalten hatten, sollen sich nach dem Besuch der Filmvorführung auf die Seite derer gestellt haben, die von Beginn an für ein hartes Vorgehen gegen die Bewegung plädiert hatten. (Zhengming, April 1990, S. 8) -sch-

\*(9)

#### 6. Plenartagung des XIII. Zentralkomitees der KP China

Die 6. Plenartagung des XIII. ZK der KPCh fand vom 9. bis 12. März 1990 in Beijing statt. An der Tagung nahmen teil:

- 166 von 173 ZK-Mitgliedern,
- 103 von 110 ZK-Kandidaten,
- eine nicht genannte Anzahl von Mitgliedern der Zentralen Beraterkommission und der Zentralen Disziplinarkontrollkommission sowie von nicht näher beschriebenen Führungskadern.

Auf der Plenartagung wurde ein "Beschluß des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas über die Intensivierung der Beziehungen zwischen der Partei und den Volksmassen" verabschiedet, dessen vollständiger Text von der *Volkszeitung* am 21. April 1990 veröffentlicht wurde. Anhand des Beschlusses wird deutlich, daß die Parteiführung über das arg ramponierte Image der KP besorgt ist. Das Dokument ist relativ moderat verfaßt (der "Kampf gegen die bürgerliche Liberalisierung" wird nur einmal erwähnt.), und es enthält eine Reihe von sinnvollen Maßnahmen und Verhaltensregeln. Die Frage ist jedoch, ob dieser Beschluß von den Funktionären, einschließlich der höchsten Führungskader, auch durchgesetzt werden wird. Genau diesem Problem widmet sich der begleitende Kommentar der *Volkszeitung*, der darauf verweist, daß es auch in der Vergangenheit immer wieder wohlklingende Beschlüsse zur Verbesserung des Arbeitsstils der KP gegeben habe, diese jedoch von den Kadern nie zufriedenstellend in die Praxis umgesetzt worden seien. Auch dieses Mal wird es also wieder einmal allein auf das entsprechende Verhalten der Funktionäre ankommen, denn die in dem Dokument genannten institutionellen Maßnahmen haben auch in der Vergangenheit nur sehr bescheidene Erfolge, z.B. bei der Bekämpfung der Korruption, gezeitigt. So sollen Gesetze und Vorschriften zur Überwa-

chung von Parlament, Regierung und KP erlassen und die Rolle des Nationalen Volkskongresses als Macht-, Gesetzgebungs- und Kontrollorgan vergrößert werden. Damit ist jedoch keinesfalls eine Gewaltenteilung intendiert, denn gleichzeitig soll die Partei ihre Arbeit innerhalb des NVK verstärken und den Aufbau der "Mehrparteien-Zusammenarbeit unter der Führung der Kommunistischen Partei" weiter vorantreiben. Da darüber hinaus auch in Zukunft strikt nach dem Prinzip des "demokratischen Zentralismus" verfahren werden soll, bleibt also institutionell alles beim alten, obwohl explizit eine "Vertiefung der politischen Strukturreform" gefordert wird.

Dem Kommuniqué der 6. Plenartagung zufolge kamen die Teilnehmer der ZK-Tagung darin überein, daß die Linie, der Kurs und die politischen Maßnahmen der KPCh seit der 3. Plenartagung des XI. ZK im Dezember 1978 korrekt seien. Bemerkenswert ist, daß der Kampf gegen die "bürgerliche Liberalisierung" im Kommuniqué überhaupt nicht erwähnt wird. Statt dessen konzentrieren sich die Aussagen im Kommuniqué auf die Verbesserung der Arbeit und des Erscheinungsbilds der Partei. Angeprangert werden Bürokratismus, Subjektivismus, Formalismus sowie Dekadenz und Korruption innerhalb der Partei, die mit Hilfe der in dem verabschiedeten "Beschluß" genannten Maßnahmen und Verhaltensregeln bekämpft werden sollen. (RMRB, 13.3.90)

Personelle Beschlüsse wurden auf der ZK-Tagung nicht gefaßt. Die Hongkonger Zeitschrift *Zhengming* berichtete, daß sich Staatspräsident Yang Shangkun vor der 6. Plenartagung dafür eingesetzt habe, seinen Bruder Yang Baibing in das Politbüro nachwählen zu lassen. Dies sei jedoch an der Uneinigkeit der politischen Führungsspitze gescheitert (Zhengming, April 1990, S. 10). Yang Baibing war bereits auf der 5. Plenartagung des ZK Anfang November 1989 zum Generalsekretär der ZK-Militärkommission und zum Mitglied des ZK-Sekretariats aufgestiegen. Yang ist darüber hinaus Direktor der Zentralen Politischen Abteilung der VBA.

Die Zentrale Beraterkommission und die Zentrale Disziplinarkontrollkommission traten nach der ZK-Tagung wie üblich zu eigenen Plenartagungen zu-

sammen und brachten ihre Unterstützung für den "Beschluß des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas über die Intensivierung der Beziehungen zwischen der Partei und den Volksmassen" zum Ausdruck. (RMRB, 14.3.90) -sch-

\*(10)

#### Chen Yun kritisierte Deng Xiaoping

Einem Bericht der Nachrichtenagentur Reuter aus Beijing zufolge soll Chen Yun im April auf einer Sitzung von Führungskadern der Zentralen Beraterkommission Deng Xiaoping für die Entstehung der Studentenproteste im Frühjahr 1989 verantwortlich gemacht haben (FT, 26.4.90). Weitere Einzelheiten der Kritik Chens Yun wurden nicht bekannt. Reuter berichtete jedoch ergänzend, daß innerhalb der Parteiführung eine Diskussion über die Analyse und Bewertung der Reformpolitik seit Dezember 1978 begonnen haben soll. In diesem Zusammenhang ist es sehr gut vorstellbar, daß Chen Yun u.a. den Vorwurf erhoben haben könnte, Deng habe nicht energisch genug die Bekämpfung bürgerlichen Gedankenguts verlangt und die ideologische Ausrichtung der Funktionäre anhand des Studiums des Marxismus vernachlässigt. Schon seit Jahren wird von Seiten orthodoxer Kräfte den ursprünglich von Deng protegierten früheren ZK-Generalsekretären Hu Yaobang und Zhao Ziyang vorgehalten, die Kampagnen zur Kritik an der geistigen Verschmutzung (1983) und zum Kampf gegen die bürgerliche Liberalisierung (1987) abgewürgt und die "wahren Marxisten-Leninisten" unterdrückt zu haben. Damit wird implizit auch Deng Xiaoping kritisiert, der Hu und Zhao zunächst gewähren ließ und erst dann einschritt, als der Druck der orthodoxen Kräfte zu stark wurde. (Siehe auch die Übersicht "*Volkszeitung* veröffentlicht Ausführungen von Chen Yun") -sch-

\*(11)

#### "Volkszeitung" veröffentlicht Ausführungen von Chen Yun

Das ZK-Organ *Volkszeitung* veröffentlichte am 15. April Ausschnitte von Äußerungen des Parteiveteranen Chen Yun (85), in denen dieser die jüngeren Spitzenkader aufforderte, regelmäßig Marxismus zu studieren und anderen

Ansichten Gehör zu schenken. Chen Yun machte diese Ausführungen am 17. Juli 1987 gegenüber einem nicht näher genannten "Führer des Zentralkomitees" - nach Angaben der Hongkonger Zeitschrift *Zhengming* handelte es sich um Zhao Ziyang (Zhengming, Mai 190, S. 6).

Chen Yun leitete seine Ausführungen mit der Bemerkung ein, daß Deng Xiaoping gegenwärtig der höchste Führer sei. Deng sei jedoch schon sehr alt und werde nicht mehr sehr viele Jahre leben. Deshalb werde die Aufgabe der Führung von Partei und Staat bald völlig auf den Schultern der jüngeren Genossen lasten. Diese Aufgabe sei sehr schwer, denn die Volksrepublik sei mit dem Leben und Blut von Millionen von revolutionären Helden, Genossen und Bürgern erkämpft worden. Außerdem sei China eine sozialistische Großmacht mit über einer Milliarde Menschen, die in der Welt eine wichtige Stellung einnehme. Um Partei und Staat gut führen zu können, müßten die Führungskader marxistische Philosophie studieren. Außerdem sei es für einen Führer wichtig, anderen Meinungen Gehör zu schenken. Dies sei sowohl notwendig, um sich Klarheit über die jeweilige Lage zu verschaffen, als auch hilfreich, um seine eigenen Einsichten zu überprüfen und zu vervollständigen. Chen Yuns Ausführungen enden mit dem denkwürdigen Satz: "Auch in der neuen Lage, in der wir uns gegenwärtig befinden, steht die ganze Partei vor der dringenden Aufgabe, die Analyse und Lösung der Probleme mit Hilfe des Standpunkts und der Methode des Marxismus-Leninismus und der Mao-Zedong-Ideen zu erlernen." (RMRB, 15.4.90)

Auf den ersten Blick erscheinen die Ausführungen von Chen Yun wie ein politisches Vermächtnis an die jüngere Führungsgeneration, in Zukunft weiterhin am Marxismus-Leninismus und an den Mao-Zedong-Ideen festzuhalten, zumindest aber Vertretern dieser Position ein Mitspracherecht einzuräumen. Bei Berücksichtigung des politischen Kontextes im Sommer 1987 und heute können die Äußerungen von Chen Yun zusätzlich als implizite Kritik an Zhao Ziyang und sogar an Deng Xiaoping interpretiert werden, und zwar mit dem Tenor: Ihr habt das Studium des Marxismus vernachlässigt, habt nicht mit Hilfe des Standpunkts und der Methode des Marxismus-Len-

inismus und der Mao-Zedong-Ideen die Probleme gelöst und habt keine anderen Meinungen als die Euren gelten lassen. (Siehe auch die Übersicht "Chen Yun kritisierte Deng Xiaoping") -sch-

\*(12)

#### **Reformorientierter Direktor der ZK-Einheitsfrontabteilung wahrscheinlich völlig entmachtet**

Yan Mingfu (59), der reformorientierte Direktor der ZK-Einheitsfrontabteilung, ist wahrscheinlich völlig entmachtet worden. Ein weiteres Indiz hierfür stellt seine Entbindung vom Amt des stellvertretenden Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Nationalen Komitees der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes (PKCV) dar. Darüber hinaus verlor Yan auch seine Mitgliedschaft im Ständigen Ausschuss und im Nationalen Komitee der PKCV. Diese Beschlüsse, die mit Sicherheit auf Anweisungen der KPCh-Spitze zurückzuführen sind, wurden formell auf der 9. Sitzung des Ständigen PKCV-Ausschusses gefaßt. Damit dürfte Yan sehr wahrscheinlich auch sein Amt als Direktor der ZK-Einheitsfrontabteilung verloren haben. Auf der 4. Plenartagung des XIII. ZK Ende Juni 1989 war Yan bereits von seinem Amt als ZK-Sekretär entbunden worden. -sch-

\*(13)

#### **Reformer Hu Jiwei verlor NVK-Abgeordnetenmandat**

Der Ständige Ausschuss des Volkskongresses der Provinz Sichuan entzog am 13. März 1990 dem früheren Chefredakteur der *Volkszeitung* Hu Jiwei das Abgeordnetenmandat im Nationalen Volkskongreß. Damit verlor Hu Jiwei auch seine Mitgliedschaft im Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses. Hu wurde vorgeworfen, er habe im Verlauf der Studentenproteste im Frühjahr und Frühsommer 1989 gegen die Verfassung verstoßen.

Hu Jiwei hatte Mitte Mai 1989 unter den Mitgliedern des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses eine Unterschriftenaktion initiiert, in der die Einberufung einer Sondersitzung des Ständigen NVK-Ausschusses über die Studentenproteste und über die Verhängung des Ausnahme-

zustands gefordert worden war. Der Unterschriftenaktion sollen sich damals insgesamt 57 Mitglieder des Ständigen Ausschusses angeschlossen haben. Nach der blutigen Niederschlagung der Protestbewegung wurde Hu Jiwei von konservativ-orthodoxen Kräften wegen dieser Aktion kritisiert. Ihm wurde vorgeworfen, damit den "Aufruhr" unterstützt zu haben.

An Stelle von Hu wurde der 62jährige Cao Zhi in den Ständigen Ausschuss des NVK gewählt. Er war bisher stellvertretender Direktor der für Personalangelegenheiten zuständigen Organisationsabteilung des ZK der KPCh. Seine Ernennung dürfte die Führungsrolle der KPCh-Zentrale über das ständige Parlamentsorgan stärken. -sch-

\*(14)

#### **Chai Ling nach Frankreich geflüchtet**

Eine der in China meistgesuchten Studentenführer, die 24jährige Chai Ling, und ihr Ehemann Feng Congde (23) trafen nach 10monatiger Flucht Anfang Juni in Frankreich ein, wo sie politisches Asyl erhielten. Beide zählen zu den früheren Führern des Autonomen Studentenverbands Beijing, dem von der KPCh-Führung der Vorwurf gemacht wird, Anfang Juni 1989 in Beijing einen "konterrevolutionären Putsch" inszeniert zu haben. Chai Ling und Feng Congde fanden nach der Niederschlagung der Protestbewegung Unterschlupf bei Freunden und Sympathisanten. Aus Sicherheitsgründen mußten beide mehrere Monate getrennt voneinander leben. Die Flucht wurde ermöglicht mit Hilfe einer Reihe von untergetauchten und nicht enttarnten Oppositionellen, die nach der Niederschlagung der Studentenbewegung im Frühsommer 1989 Untergrundorganisationen aufgebaut haben. Gegenüber der Beijinger Führung illoyale Sicherheitskräfte scheinen ebenfalls einen Anteil an der geglückten Flucht zu haben, denn es erscheint nahezu unmöglich, daß zwei Personen getrennt voneinander 10 Monate lang von den Sicherheitsorganen unentdeckt bleiben und schließlich ins Ausland flüchten können. (Le Monde, 5.4.90; IHT, 15. und 18.4.90) -sch-

\*(15)

#### **Unruhen in Xinjiang**

Offiziellen chinesischen Angaben zufolge kam es am 5. und 6. April 1990 in der Gemeinde Baren (Kreis Akto, Autonome Bezirk Kizilsu der Kirgisen)

des Autonomen Gebiets Xinjiang zu einer "konterrevolutionären bewaffneten Rebellion". Dabei sollen 15 "Schläger" getötet worden sein. Auf Seiten der Sicherheitskräfte wurden 7 getötet und 16 verletzt. Hinter der "Rebellion" sollen "extrem reaktionäre politische Kräfte" stehen, die einer separatistischen "konterrevolutionären Organisation" angehören. (Xinjiang-TV, 21.4.90, nach SWB, 23.4.90)

Westlichen Presseberichten zufolge sollen die Unruhen ausgebrochen sein, nachdem chinesische Behördenvertreter den Bau einer neuen Moschee verboten hatten. Zunächst sollen zwei chinesische Vermittler umgebracht worden sein, nachdem die Vermittlungsgespräche gescheitert waren. Danach sei es zu weiteren Ausschreitungen und zum Einsatz von chinesischen Truppeneinheiten gekommen. Insgesamt sollen rund 50 Menschen getötet worden sein. (FT, 11.4.90) -sch-

---

## Kultur

---

\* (16)

### Nationale Konferenz über den Aufbau der Partei an Hochschulen

Vom 12.-16. April 1990 fand in Beijing eine nationale Arbeitskonferenz über den Aufbau der Partei an den Hochschulen statt. Wie es heißt, soll es sich um die erste derartige Konferenz seit 1949 handeln (RMRB, 13.4.90). Als Veranstalter fungierten gemeinsam die ZK-Organisationsabteilung, die ZK-Propagandaabteilung und die Staatliche Erziehungskommission. Anwesend waren die Chefs der Organisations- und Propagandaabteilungen auf Provinzebene, die Parteisekretäre von hundert Hochschulen und Vertreter der staatlichen Stellen. Der Vorsitzende der Staatlichen Erziehungskommission Li Tieying gab unter dem Titel "Den Aufbau der Partei an Hochschulen stärken, Nachfolger für die Sache des Sozialismus heranziehen" einen Bericht, in dem er darauf hinwies, daß das Festhalten an der Führungsrolle der Partei und die Stärkung des Aufbaus der Partei an den Hochschulen die beste Gewähr dafür böten, sozialistische Hochschulen chinesischer Prägung gut zu betreiben. Für den Betrieb der sozialistischen Hochschulen stellte er folgende Forderungen auf: Die

Ausbildung müsse der sozialistischen Modernisierung dienen, Erziehung müsse mit produktiver Arbeit verbunden sein, und es sei Nachwuchs heranzubilden, der auf den Gebieten Moral, Wissen, Sport, Kunst und körperlicher Arbeit gebildet ist. Aufgrund der Erfahrungen aus den politischen Unruhen des letzten Jahres müsse der Aufbau der Parteiorganisationen an den Hochschulen verstärkt werden und müsse die moralische Erziehung in der Hochschularbeit an die erste Stelle gesetzt werden. Aufgabe der Hochschulen sei es, die Partei und das sozialistische System zu bewahren und ein Bollwerk gegen die bürgerliche Liberalisierung und gegen die "friedliche Evolution" (d.h. zum Kapitalismus) zu bilden. Um diese Aufgabe zu bewältigen, müssen die Hochschulen an der führenden Position der Parteikomitees festhalten; nur so sei gewährleistet, daß die Führungsmacht in Händen von Leuten liege, die dem Marxismus treu ergeben sind. Fortan werde an den Hochschulen prinzipiell das Verantwortlichkeitssystem des Hochschulpräsidenten unter Führung des Parteikomitees praktiziert. Mit anderen Worten, der Hochschulpräsident wird künftig dem Parteisekretär seiner Hochschule unterstehen. Dies bedeutet eine empfindliche Einschränkung der Autonomie der Hochschulen, die im Laufe der achtziger Jahre durch die Einführung des Verantwortlichkeitssystems der Hochschulpräsidenten begründet worden war.

Li sprach auch das Problem des Aufbaus eines guten Kontingents von Hochschulkadern, insbesondere Lehrpersonal, an. Unter den Hochschullehrern sei gegenwärtig fast die Hälfte Parteimitglieder, unter den Professoren sei der Anteil noch größer. Dies sei für die Partei eine sehr günstige Lage. Die Hochschullehrer müßten Lehre und Menschenführung miteinander verbinden und diese Aufgabe selbstbewußt im Austausch mit der Parteiorganisation durchführen. Diese Forderung macht deutlich, daß auch die Hochschullehrer praktisch dem Parteikomitee ihrer Hochschule unterstehen.

Generalsekretär Jiang Zemin, der Teilnehmer der Konferenz unter Anwesenheit Li Pengs und anderer Politiker empfing, betonte in seiner Ansprache die Bedeutung des Patriotismus in der Erziehung. Chinas Intellektuelle hätten eine patriotische Tradition ent-

wickelt, die es zu bewahren gelte. Insbesondere die studentische Jugend müsse dazu erzogen werden, China und den Sozialismus zu lieben. (RMRB, 13.4.90)

Auf der Abschlußsitzung sprach der stellvertretende Leiter der Staatlichen Erziehungskommission, He Dongchang. In bezug auf die ideologische Arbeit an den Hochschulen stellte er es als unabdinglich hin, daß die Studenten 1. den Marxismus studieren und 2. sich eng mit der Praxis verbinden (d.h. praktisch arbeiten) und daß auf keines dieser beiden Dinge zu verzichten sei. Ferner betonte er, daß in den philosophischen und sozialwissenschaftlichen Fächern das Parteikomitee die politische Richtung anzugeben habe. Außerdem wandte sich der Leiter der ZK-Organisationsabteilung, Lü Feng, an die Konferenzteilnehmer. Er wies darauf hin, daß der Aufbau der Parteizellen an den Hochschulen derzeit ein schwaches Glied sei. Wichtig sei, daß als Parteizellensekretäre hervorragende Parteimitglieder ausgewählt würden. Zu ihren Aufgaben gehöre nämlich auch die Schulung, Verwaltung und Kontrolle der Parteimitglieder. Unter der Voraussetzung der Führung durch das Parteikomitee könne sich das Verantwortlichkeitssystem des Hochschulpräsidenten voll entfalten. (RMRB, 17.4.90)

Seit der Unterdrückung der Studentenproteste vom Mai/Juni 1989 gilt die besondere Aufmerksamkeit der Partei den Hochschulen. Als Heilmittel gegen die Aufmüpfigkeit der Studenten wurde die ideologische Erziehung, teilweise gekoppelt mit militärischer Ausbildung, verstärkt. Offenbar gab es aber organisatorische Probleme bei der Durchsetzung der Parteiziele. Deshalb wurde jetzt klargestellt, daß die Parteikomitees an den Hochschulen die absolute Führungsposition innehaben und daß sich die Präsidenten und der Lehrkörper ihnen unterzuordnen haben. -st-

\* (17)

### Stellenzuweisung für diesjährige Hochschulabsolventen

Um die Arbeit der Stellenzuweisung für Hochschulabsolventen zu verbessern, hat der Staatsrat kürzlich eine kleine Führungsgruppe für die Stellenzuweisung von Hochschulabsolventen eingerichtet, die unter der Leitung von